

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Band: 60 (2005)
Heft: 1

Artikel: "Der Markt entscheidet, welche Qualität gefragt ist"
Autor: Deiss, Joseph / Hugli, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891517>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Der Markt entscheidet, welche Qualität gefragt ist»

In diesem Herbst schickt der Bundesrat sein Konzept einer Agrarpolitik 2008 bis 2011 in die Vernehmlassung. Er will unter Federführung von Landwirtschaftsminister Joseph Deiss die Wettbewerbsfähigkeit in der Agrarwirtschaft weiter stärken. Weiterhin fünf bis zehn Bauern werden in den nächsten Jahren pro Tag aufgeben müssen. Auch wenn Bundesrat Deiss an den Direktzahlungen festhalten will, ganz gerne ein Stück Käse aus der Region verspeist und Bio solange für qualitativ sinnvoll und ökonomisch effizient hält, wie der freie Markt es will.

kultur und politik: Führen Sie mit der Agrarpolitik 2008 bis 2011 die Kleinbauern der Schweiz auf die Opferbank, Herr Bundesrat?

Joseph Deiss: Das ist ganz sicher nicht der Fall. Aber wir wollen eine Agrarpolitik betreiben, die der Landwirtschaft eine Zukunft gibt. Das setzt voraus, dass wir die Strukturentwicklung, die bis jetzt schon stattgefunden hat, weiterführen. Die Reform ist nicht gegen eine bestimmte Kategorie Bauern gerichtet. Sie soll einer möglichst breiten Palette von Betriebsformen eine Weiterexistenz erlauben.

Liest man Ihre Vorschläge zur AP 2001 etwas genauer, kann man durchaus einen anderen Eindruck gewinnen. Der Rahmen wird eng gesteckt. Nur wer beispielsweise 1,5 Personen beschäftigt, soll noch Direktzahlungen erhalten.

Ihre Aussage stimmt so nicht; bezüglich Direktzahlungen verlangt der Bundesrat, dass die

heutige Grenze von 0,25 Arbeitskräften überprüft und namentlich im Talgebiet angepasst wird. Für mich ist wichtig, dass wir mit den Bäuerinnen und Bauern offen reden. Ich kann und will ihnen nichts vormachen, das wir dann sowieso nicht einhalten können. Eines ist sicher: Um die Landwirtschaft wettbewerbsfähig zu machen und unsere gesamtwirtschaftlichen Ziele erreichen zu können, müssen wir tief greifende Strukturbereinigungen durchziehen. Der Restrukturierungsrhythmus von 2,5 bis gegen 3 Prozent jährlich muss bis zum Ende der Agrarpolitik 2011 und darüber hinaus gehalten werden.

Das sind täglich fünf bis zehn Bauern, die aufgeben müssen.

Das ist für alle Bauern eine massive Herausforderung, keine Frage. Ich würde hier aber explizit noch zwischen Tal- und Berglandwirtschaft unterscheiden wollen. Sicher werden wir hier die bestehenden Differenzierungen aufrecht erhalten. Wir müssen

auch in der Agrarpolitik 2008 bis 2011 berücksichtigen, dass die Betriebsstruktur im Berggebiet vermutlich kleiner sein kann und sein muss als im Tal.

Im Agrarleitbild der Beratenden Kommission Landwirtschaft werden die Nebenerwerbsbetriebe explizit als gängige und unterstützungswürdige Form eines Landwirtschaftsbetriebs gelistet. In den Vorschlägen zur AP 2011 sieht das anders aus.

Das würde ich nicht behaupten. Im Gegenteil. Das zeigt auch ein Vergleich mit dem Ausland, mit Europa etwa. Die Entwicklung weist hier heute schon klar in Richtung Nebenerwerb. Die Landwirte werden zunehmend Nebenerwerb generieren müssen. In Deutschland beispielsweise ist der Nebenerwerb – obwohl die Betriebsgrößen im Durchschnitt deutlich höher liegen als bei uns – heute schon doppelt so hoch als in der Schweiz. Wir wollen nun nicht in dieser Richtung dirigistisch intervenieren, sondern ein System pflegen, das auf zwei Hauptgrundsätzen basiert, die möglichst einfach umzusetzen sind. Wir wollen einerseits bewusst eine produzierende Landwirtschaft beibehalten. Diese müssen wir ebenso bewusst an die real existierenden Wettbewerbsbedingungen heranführen. Die zweite Dimension umfasst die gemeinschaftlichen Leistungen. Die sollen durch ein System abgegolten werden, das möglichst einfach ist und fast ausschliesslich auf Direktzahlungen ausgerichtet wird. Die Direktzahlungen werden weiterhin an ökologische Leistungen gebunden. Eine Form also, die uns global handlungsfähig

macht und eine WTO-Kompatibilität garantiert. Das ist keine Frage von Nebenerwerb oder nicht. Es gibt zwei Arten von Produkten, die die Landwirtschaft erzeugt. Produkte, die über den Markt verkauft und verwertet werden, und gemeinschaftliche, die mit Direktzahlungen entschädigt werden.

Wobei es immer schwieriger wird, Schweizer Produkte auf dem Markt zu vernünftigen Preisen abzusetzen, wenn an den Grenzen die Zölle fallen.

Jawohl, und aus diesem Grund müssen wir ja diese Strukturanpassungen bewirken. Um langfristig im europäischen Markt und damit auch im Inland konkurrenzfähig zu bleiben – nur so können wir eine produzierende Landwirtschaft erhalten. Erste Anpassungen werden bald schon kommen. Das hat nicht einmal viel mit den Vorschlägen zur AP 2011 zu tun. 2007 ist die Öffnung unseres Käsemarktes eine Realität. Hier werden wir auch mit der Politik, die das begleiten wird, konkurrenzfähig sein. Das soll sich dann mehr und mehr auf andere Sparten erstrecken: Fleisch, Gemüse, Obst. Es macht wenig Sinn, die Landwirtschaft nur für sich allein zu betrachten. Wir können uns die Landwirtschaftspolitik, die wir betreiben, und die mit 3,5 Milliarden pro Jahr relativ kostspielig ist, nur leisten, wenn wir weiterhin auf eine insgesamt starke Wirtschaft bauen können. Damit die anderen wirtschaftlichen Sektoren stark bleiben, müssen wir die Öffnung über WTO und bilaterale und multilaterale Freihandelsabkommen sichern. Das setzt klar voraus, dass wir auch in der Landwirtschaft fit sind und die nötigen Voraus-



setzungen an den Verhandlungstisch mitbringen. Es ist also für die Landwirtschaft lebenswichtig, dass wir in den anderen Bereichen möglichst gute Bedingungen für den Marktzugang aushandeln können. Die Landwirtschaft muss diesen Effort leisten. Genauso wie wir den Rest der Wirtschaft, die Menschen am Markt, die SteuerzahlerInnen und KonsumentInnen davon überzeugen müssen, ihren Effort zu Gunsten der Landwirtschaft ebenfalls zu leisten.

Economiesuisse fordert aktuell rasche Bauernopfer, mehr Tempo in der Restrukturierung. Ihre Bun-

desratskollegen kürzen Ihnen das Budget 2007 bis 2011 um 300 Millionen. Wo setzen Sie ganz persönlich die Massstäbe?

Die ersten Diskussionen, die wir bisher mit den verschiedenen Interessensvertretern der Landwirtschaft, der Wirtschaft, der KonsumentInnen, der Kantone, der beratenden Kommission, der Economiesuisse, aber auch im Bundesrat geführt haben, zeigen, dass die angezeigte Stossrichtung der AP 2011 im Prinzip richtig und unabdingbar ist. Die Differenzen zeigen sich vor allem im Rhythmus des Strukturwandels. Und damit auch im finanziellen Aufwand

im Verhältnis zur Dauer der strukturellen Anpassungen. Die einen haben das Gefühl, es gehe zu schnell, die andern reklamieren mehr Tempo und Konsequenz. Die einen fordern einen sozial verträglichen und geordneten Wandel, die andern argumentieren: Je länger der Prozess dauert, umso länger wird die Landwirtschaft von dieser Unsicherheit begleitet und gelähmt. Und da der Wandel eh kommen muss, sollte man ihn möglichst rasch durchziehen, um dann den konsolidierten Wiederaufbau ebenso rasch und positiv angehen zu können. Ich stehe für eine Lösung ein, die sozial ver-

träglich ist, aber dennoch in relativ hohem Tempo konsequent verwirklicht wird. Der Bundesrat teilt diese Politik. Mit oft einschneidenden und schmerzhaften, aber dauerhaft heilenden Folgen.

Bauernopfer also, um dann in der WTO als Musterschüler gefallen zu können?

Es ist für unsere Wirtschaft äusserst wichtig und vital, dass wir breit, was die Länder betrifft, und möglichst vollständig, was die verschiedenen wirtschaftlichen Dimensionen wie Waren, Dienstleistungen und Investitionen betrifft, rasch freien Zugang zu den Weltmärkten haben. Die WTO, also die multilaterale Dimension, ist für uns das beste Mittel zum Zweck. In der WTO erreichen wir auf einen Streich 148 Staaten; was über bilaterale Vereinbarungen und Verträge natürlich viel mühseliger ist. Wir wollen, dass die Doha-Runde erfolgreich abgeschlossen werden kann. Wir wollen dazu unseren Beitrag leisten. Wir müssen etwas anbieten können. Nicht zuletzt natürlich bei der Landwirtschaft. Soll unsere Wirtschaft mit ihren Produkten in Ländern mit starker Landwirtschaft konkurrenzfähig bleiben, müssen dort die Zölle fallen. Genau das aber fordern diese Länder für ihre Agrarexporte im Gegenzug von uns.

Das geht für unsere Landwirtschaft ans Eingemachte?

Die Schweizer Bäuerinnen und Bauern leben heute von einem Umsatz von rund 10,5 Milliarden Franken. Diese Summe setzt sich grosso modo zu je einem Drittel aus den Weltmarktpreisen, den Aufpreisen, die sie dank Zollschutz erhalten, sowie den Subventionen zusammen.

Die 10 Milliarden werden nun massiv komprimiert.

Ich rechne als Folge der WTO mit rund 2 Milliarden weniger. Die Schweizer Landwirtschaft wird künftig mit vielleicht

8 oder 8,5 Milliarden auskommen müssen. Weil die Preise mit den Zöllen fallen werden. Die Exportsubventionen werden ganz gestrichen, andere werden teilweise durch Direktzahlungen ersetzt. Die Einkommen sinken. Das sind die Fakten. Dieses wie jenes müssen wir durch die Strukturpassungen ausgleichen, soll der einzelne noch produzierende Betrieb weiterhin in der Lage sein, den Betreibern ein vernünftiges Einkommen zu sichern.

Im neuen Agrarleitbild wird das Wort «effizient» explizit nicht gesetzt. Andererseits formen Sie ebenso wie das Agrarleitbild den Bauern zum Unternehmer. Was gilt denn nun?

Es gibt nur eine Wahrheit: Die Landwirtschaft kann nicht unternehmerisch betrieben werden – und das wollen und fordern wir ja – ohne gleichzeitig explizit effizient zu sein. Da die Landwirtschaft weiterhin geschützt und gestützt wird, erwarten wir vom Schweizer Bauern auch weiterhin nicht, dass er zu den gleichen Bedingungen produzieren kann, wie seine Kollegen im Ausland, die ganz andere Bedingungen kennen. Richten wir uns aber nicht primär nach Kanada, Neuseeland oder Australien aus, müssen wir möglichst nahe an die gängigen EU-Werte und EU-Preise herankommen, um uns diesen Markt erschliessen zu können. Haben wir für Europa gute Produkte anzubieten, die mehr Wert darstellen als herkömmliche Stapelgüter der Landwirtschaft, Bioprodukte beispielsweise, AOC-Produkte, werden wir europaweit den kaufkräftigen Markt dafür finden. Auch Bio- und Qualitätsprodukte kann man effizient produzieren. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Landwirtschaft so bestehen und konkurrenzfähig sein kann.

Also sind Biobauern unternehmerisch effizient!

Auch zwischen den Biobauern gibt es grosse Unter-



schiede. Biobauern sind immer dann effizient, wenn es ihnen gelingt, mit ihren Produkten am Markt mehr Wert abzuschöpfen, der es ihnen erlaubt, die Mehrkosten zu decken.

Das gelingt wenigstens im Moment ganz gut.

Das ist wunderbar. Ich bin sicher: Bio ist eine wichtige und tragende Säule der Schweizer Landwirtschaft. Denn die Schweizer Bauern müssen in Zukunft eine höhere Produktivität realisieren, d.h., sie müssen Mehrwerte schaffen. Wie gelingt das? Indem wir der Konsumentin und dem Konsumenten zeigen: Ich verkaufe dir nicht einfach ein Kilo Käse, einen Liter Milch oder ein Kilo Brot, sondern ich verkaufe dir ein Produkt, das andere Dimensionen und höhere Werte beinhaltet. Zum Beispiel sehr spezielle, natürliche Methoden der Herstellung. Ein umweltschonender Anbau. Oder eine Produktionsweise, die ethisch makellos ist. Wie die Realität bei den Grossverteilern und deren Umsätzen zeigt, gibt es dafür ein-

deutig einen Markt. Das ökologisch nachhaltig entwickelte Produkt hat ökonomisch eine Chance. Ebenso wie etwa die AOC-Produkte, Produkte mit einer eindeutigen geografischen Herkunft also. Nicht einfach Trockenfleisch, sondern Trockenfleisch aus Graubünden oder aus dem Wallis. Nicht gewöhnlicher Käse, sondern Greyzer. Das sind Produkte, die höhere Preise lösen, weil sie auf Vertrauen und Sicherheit basieren, für die der Landwirt aber auch mehr leisten muss. Ein Bioprodukt bedingt mehr Arbeitseinsatz, weniger Intensität usw.

Höhere Direktzahlungen...

...natürlich auch, weil mehr Leistung für die Allgemeinheit erbracht wird. Das macht Sinn, wenn dieser zusätzliche Aufwand am Markt auch als Wert über die Preise honoriert und anerkannt wird. So kann ein Biobauer mit weniger Menge ebenso gut fahren wie einer, der extensiv wirtschaftet. Wir versuchen genau das in die internationalen Verhandlungen einzubringen. Wir wollen diese

speziellen ökologischen Leistungen, die geografischen Herkunftsbezeichnungen schützen lassen. Wir wollen und werden an den produktungebundenen Direktzahlungen festhalten. Das ist aber nicht einfach.

In der Schweiz bauern heute rund 12 Prozent der Bauern Bio. Da ist noch jede Menge Luft drin. Warum postulieren Sie nicht offiziell das Bioland Schweiz?

Das wäre wenig sinnvoll. Es ist überall in der Wirtschaft so: Hat einer eine nachhaltig gute Idee, so will das nicht heissen, dass nun alle diese Idee nachahmen sollen. Sonst geht sie wieder zu Grunde. Die Nachfrage wäre nicht da. Es braucht von allem. Deshalb müssen wir auch eine Politik betreiben, die diese Differenzen hervorhebt. Ich glaube, dass für Bioprodukte sicher noch eine gewisse Reserve am Markt besteht. Das Bioland Schweiz aber ist eine Illusion. Es gibt andere Möglichkeiten, sich erfolgreich zu positionieren. Mittels AOC eben. Indem wir ein Produkt in einem bestimmten spezifischen Umfeld präsentieren können, unter bestimmten Bedingungen produziert, lässt sich bis zu 10 Prozent zusätzlich lösen. Differenzierung ist gefragt, nicht Einheitsprodukte.

Wo liegen für Sie die Grenzen für Bauernopfer?

Bei den postulierten 2,5 bis 3 Prozent in der Strukturbereinigung, die wir sicher noch über mehrere Jahre werden halten müssen. Einen Rhythmus also, den wir schon seit bald 15 Jahren kennen. Von 92 000 auf aktuell 65 000 Betriebe. Mit einer mittleren Grösse von knapp 20 Hektaren. Das heisst nun nicht, dass alle Betriebe diese Standardgrösse haben müssen, dass aber im Schnitt alle ein bisschen grösser werden. Das ist der Weg, den wir gehen müssen. Ohne zu vergessen, dass damit jedes Mal und täglich Einzelschicksale verbunden sind. Unsere Politik, die wir

jetzt für 2008 bis 2011 umsetzen wollen, muss sozial verträglich sein. Was also ist zu tun, dass jene, die aussteigen müssen, dies unter vernünftigen und menschenwürdigen Bedingungen tun können? Dass sie in andere Berufe umsteigen können, dass der Ausstieg in die Pension unter geordneten Verhältnissen stattfinden kann?

Welche Rolle spielt für Sie die verfassungsrechtlich verankerte Versorgungs- und Ernährungssicherheit?

Da kann und muss man darüber diskutieren. Die Spezialisten sehen das differenzierter als auch schon. Wie haben sich unsere Pflichtlagerregelungen verändert. Dort haben wir festgestellt, dass gewisse Probleme anders als nur durch Lagerhaltung gelöst werden können. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns da nicht mit Prozentzahlen fixieren dürfen. Sondern, dass wir am Grundsatz an einer produzierenden Landwirtschaft festhalten wollen. Wir wollen auch in Zukunft nicht nur eine Landwirtschaft von Landschaftsgärtnern. Wie hoch der eigentliche Versorgungsgrad dann sein muss, werden letztlich die Marktverhältnisse zeigen. Zusätzlich haben wir natürlich die Aufgabe, mögliche Engpässe, Krisen und damit verbundene Versorgungsprobleme zu erkennen. Die heutigen Verhältnisse sind natürlich grundlegend anders als vor 20 oder 50 Jahren. Das gilt übrigens nicht nur für Landwirtschaftsprodukte. Das gilt auch für Erdöl, Impfstoffe usw. Wir kennen heute andere Risiken, die uns bedrohen könnten. Die Landwirtschaft bleibt dabei aber klar ein wichtiger Faktor der Versorgung.

Wie sichern wir die Qualität der Produkte, die aber ihren Preis hat, wenn alles überall billiger verfügbar wird?

Der Markt entscheidet, welche Qualität gefragt ist. Die Produkte müssen zu vernünftigen Preisen produziert werden und am

Markt bestehen. Es gibt viele Dinge, die es heute nicht mehr gibt, weil sie von niemandem konsumiert wurden. Unsere Ernährungsgewohnheiten ändern sich. Und die Landwirtschaft muss sich darauf einstellen. Wir haben von den Bioprodukten gesprochen. Wir können auch von der verarbeitenden Industrie reden und dort sehen, dass sich das Angebot der Produkte stark gewandelt hat. Eine Landwirtschaft ist effizienter und nachhaltiger, wenn sie sich am Markt ausrichtet und den KonsumentInnen das liefert, was sie wünschen und brauchen. Gibt es einen Markt für Bioprodukte, sollen die Bauern Bioprodukte herstellen, soviel es braucht und so viele gekauft werden.

Kaufen Sie selbst für den eigenen Haushalt Bioprodukte?

Ich koche gerne. Gute Produkte machen 50 Prozent der Kochkunst aus. Also verwende ich grundsätzlich qualitativ gute Produkte. Zusätzlich achte ich darauf, dass sie unter möglichst natürlichen Bedingungen produziert worden sind.

Die Nähe spielt da eine Rolle?

Für gewisse Produkte ja. Ich kaufe beispielsweise gerne Käse, von dem mir der Käsehändler nicht nur sagen kann, wie alt er ist, sondern auch wer ihn produziert hat. Da lege ich grossen Wert auf die Nähe der Produktion. Andere Produkte müssen eh importiert werden. Oder es ist, wie etwa bei der Butter, weniger wichtig, woher er genau kommt.

Und ob er aus biologischer Milch gefertigt ist?

Ich bin privat kein systematischer Biokonsument. Als verantwortlicher Bundesrat im Wirtschafts- und damit eben auch Landwirtschaftsdepartement aber ist Bio für mich ein wichtiges Element unserer heutigen und zukünftigen Landwirtschaft, unserer Agrarpolitik und meines Programms.

Interview: Beat Hugli

Luxusgut des täglichen Bedarfs

Die schweizerische Zuckermarktordnung ist geprägt von einer starken Regulierungsdichte. Die Produzentinnen, die beiden Zuckerfabriken Aarberg und Frauenfeld, und die KonsumentInnen profitieren von Bundesbeiträgen, die den Zucker erheblich verbilligen. Im Jahr 2002 wurde der Zuckermarkt mit 45 Millionen Franken gestützt. Das ist im Bereich Pflanzenbau der weitaus grösste Marktstützungsbeitrag. Zucker wurde in den letzten 30 Jahren vom Luxusgut und Konservierungsstoff zum täglichen Konsumgut.

Früher war Zucker ein Konservierungsmittel für Früchte und eingelegtes Gemüse. Zucker hatte dadurch in der Küche einen wichtigen Stellenwert, als noch nicht in jedem Haushalt ein Kühlschrank und Tiefkühler standen. Da machte es auch Sinn, Zucker als Notvorrat zu propagieren, den Absatz staatlich zu fördern und den Preis künstlich tief zu halten. Die Zuckerfabrik Aarberg wurde 1899 in Betrieb genommen. Der Zuckerkonsum in der Schweiz hat jedoch erst ab den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts massiv zugenommen. Verantwortlich dafür waren unter anderem der Bau der Zuckerfabrik Frauenfeld 1963 und die massive Subventionierung von Zucker durch den Staat. Zucker wurde in dieser Zeit vom Luxusgut zum täglichen Konsumgut.

Zwiespältiger Verdienst

Der Zuckerüberschuss ist heute neben dem Überschuss an Fett das zentrale Problem der modernen Ernährung. Übergewicht, Diabetes und Karies in epidemischen Ausmassen bei allen Bevölkerungsschichten sind eine direkte Folge des übermässigen

Zuckerkonsums in der täglichen Ernährung. Die Volksgesundheit leidet seit mehreren Jahrzehnten darunter.

Die durch zuviel Zucker hervorgerufenen Krankheiten wirken sich auf die Gesundheitskosten aus. Der übermässige Zuckerkonsum ist ein wichtiger Faktor für die steigende Krankheitsanfälligkeit der Bevölkerung. Die dadurch verursachten gesamtwirtschaftlichen Folgekosten sind enorm.

Da jedoch das Gesundheitssystem nicht die Gesunden belohnt, sondern an den Kranken verdient wird, werden diesbezüglich keine massgeblichen Änderungen zu erwarten sein. Die Zahnärzte können sich nicht über mangelnde Arbeit beklagen. Die Insulinproduktion für Diabetiker aus gentechnisch veränderten Bakterien in den Bioreaktoren der Pharmamultis ist ein einträgliches Geschäft geworden.

Teures Vergnügen

Ausländischer Zucker ist an sich viel billiger als aus einheimischer Produktion. Nur dank der direkten Unterstützung des